

Wahlaufruf
zur Landtagswahl 1987
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hessen

„Hessens Zukunft in bessere Hände“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Bad Nauheim am 1. März 1987)



Hessens Zukunft in bessere Hände

Wahlaufruf der F.D.P.

Die F.D.P. will die gescheiterte rot-grüne Landesregierung ablösen
Die von SPD und GRÜNEN geplante Neuauflage ihres Bündnisses muß verhindert werden

Hessen braucht einen Regierungswechsel

Die F.D.P. will gemeinsam mit der CDU die Regierungsverantwortung übernehmen

Hessens Zukunft gehört in bessere Hände

Nur mit der F.D.P. gibt es eine neue Mehrheit für eine bessere Politik in Hessen

Die F.D.P. legt dazu ein liberales Aktionsprogramm zur Landespolitik vor

Aktionsprogramm für eine Regierungsverantwortung der F.D.P.

Vier Jahre rot-grüner Politik haben den natürlichen Standortvorteil Hessens gefährdet.

Die F.D.P. wird mit einer marktwirtschaftlich orientierten Politik Hessen wieder nach vorne bringen.

Die F.D.P. wird mit der bisherigen Technologie- und Fortschrittsfeindlichkeit Schluß machen. Wir werden aus Hessen wieder einen attraktiven Standort für zukunftsorientierte Unternehmen machen. Die Umverteilung von neuen Arbeits- und Ausbildungsplätzen nach Bayern und Baden-Württemberg muß gestoppt werden.

Die F.D.P. ist ein Partner für mehr Selbständigkeit. Kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere das Handwerk, brauchen verlässliche politische Rahmenden, weniger staatliche Bevormundung und Stetigkeit in der Haushaltspolitik des Landes.

Die F.D.P. wird eine Steuerreform im Bundesrat unterstützen, die die Betriebe entlastet, die Schattenwirtschaft zurückdrängt und die Eigenkapitalbildung zur Sicherung insbesondere kleiner Betriebe und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen erleichtert.

Die F.D.P. wird die Benachteiligung ganzer Landesteile beenden. Das regionale Gefälle, das die Chancen unserer Bürger vor allem in Nord- und Mittel-Ost-Hessen beeinträchtigt, muß abgebaut werden. Wir geben der Strukturpolitik in Hessen neuen Schwung. Dazu gehört die Beendigung der Verkehrsfeindlichkeit von SPD und Grünen. Weite Teile Nord- und Mittel-Ost-Hessens warten immer noch auf ihre Anbindung. Deswegen werden wir die Autobahnen A 66 (Frankfurt - Fulda) und die A 49 (Kassel - Marburg - Gießen) fertigbauen. Die von den Grünen erzwungenen und nicht mit Verkehrssicherheit zu begründenden Tempolimits werden aufgehoben.

Marktwirtschaft

Technologie

Mittelstand

Steuerreform

Regionalpolitik

Über Öffentlichen Personennahverkehr darf nicht nur geredet werden. Wir werden die S-Bahn in den Main-Kinzig-Kreis und in den Rodgau durchsetzen.

Die F.D.P. wird zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen die Investitionen im Landeshaushalt verstärken. Damit wollen wir die Wirtschaftskraft benachteiligter Regionen stärken, die Investitionskraft der Gemeinden verbessern und wirksame Investitionen im Umweltschutz, bei der Stadtsanierung und Dorferneuerung und für den Denkmalschutz vornehmen. Die von rotgrün blockierten Millionen wird die F.D.P. durch einen Nachtragshaushalt noch 1987 in beschäftigungswirksame Maßnahmen umsetzen. Der Bauhaushalt des Landes wird aufgestockt werden.

Die Gewässer müssen sauberer werden. Darum erhöht die F.D.P. die Haushaltsansätze zum Bau von Kläranlagen.

Die F.D.P. steht für praktischen Umweltschutz. Rotgrün hat nur geplant und zerredet. Die F.D.P. will hessische Abfälle in Hessen entsorgen. Sie sagt dem verantwortungslosen "Abfall-Export" den Kampf an. Sie wird die Abfallbeseitigungspläne, die von SPD und Grünen mutwillig und ohne sie ersetzen zu können aufgegeben wurden, nach Fortschreibung und Aktualisierung wieder zur Grundlage geordneter hessischer Abfallpolitik machen.

Auf die Entsorgungsstandorte wie "Grube Messel", "Frankfurt-Osthafen" und "Mainflingen" kann nicht verzichtet werden. Die Verbrennungskapazität für Sonderabfälle muß erhöht werden. Das hessische Abfallgesetz wird mit dem Ziel der Anpassung an die abfallwirtschaftlichen Grundsätze des Bundesrechtes erneut novelliert. Wir werden Abfallverminderung und Wiederverwertung unverzüglich durch klare und umsetzbare Richtlinien für die Hausmüllentsorgung durchsetzen.

Der Verzicht der rot-grünen Koalition auf eine aktive Agrarpolitik hat in Hessen dazu geführt, daß die Einkommen der hessischen Landwirte die niedrigsten in der Bundesrepublik sind. Die F.D.P. wird diese Benachteiligung durch tatkräftige hessische Agrarpolitik ausgleichen.

Landwirtschaft ist mehr als Landnutzung nach rotgrünen Vorstellungen. Die F.D.P. wird deshalb ein Strukturverbesserungsprogramm für bäuerliche Familienbetriebe in Höhe von 25 Millionen Mark umsetzen. Die F.D.P. wird die Vermarktungsmöglichkeiten für hessische Produkte verbessern und die Landwirte von Kosten entlasten, die ihre Kollegen in anderen Bundesländern nicht haben.

Wir werden ein Hofnachfolgeprogramm schaffen, um jungen Landwirten und ihren Familien wieder eine Zukunft zu geben. Die F.D.P. wird sicherstellen, daß für

Investitionen

Gewässerschutz

Abfallentsorgung

Landwirtschaft

Auflagen des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des Wasserschutzes Entschädigungen gezahlt werden.

Für eine verbesserte tatkräftige Waldwirtschaft durch Waldpflege und die verstärkte Schaffung naturnaher Mischwaldbestände werden 35 Millionen Mark im Landeshaushalt eingesetzt. Für die erweiterten Aufgaben im Bereich des Forstes werden 160 neue Stellen geschaffen. Die auseinandergerissenen Zuständigkeiten von Naturschutz und Forstwirtschaft werden wieder zusammengeführt.

Wer aus der Kernenergie-Nutzung aussteigen will, ohne über entsprechende Alternativen zu verfügen, betrügt die Bürger und vernichtet Arbeitsplätze! Der verstärkte Einsatz von Kohle und Öl - wie von Rot-Grün gefordert - bedeutet erhöhte Schadstoffbelastung der Luft, einen riskanten Temperaturanstieg der Atmosphäre, Abhängigkeit von anderen Ländern. Die F.D.P. will an der Nutzung der Kernenergie im bisherigen Umfang so lange festhalten, bis durch verstärkte Forschung und Weiterentwicklung der Technologie andere Energieträger als Ersatz verfügbar werden. Solange Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland und weltweit genutzt wird, brauchen wir die Hanauer Nuklearbetriebe. Für die Zukunft bevorzugt die F.D.P. die sichere Technologie des Hochtemperaturreaktors.

SPD und Grüne haben die Innere Sicherheit vernachlässigt. Hessen hat die schlechteste polizeiliche Aufklärungsquote von Straftaten aller Bundesländer. Die F.D.P. wird das personelle Defizit bei der hessischen Polizei Schritt für Schritt abbauen. Erste Schritte sind 200 neue Planstellen für die Polizei und die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre.

Der Justiz in Hessen wird die F.D.P. den Stellenwert einräumen, der der dritten Gewalt im Rechtsstaat zusteht. Mit einem Rechtspflegeministerium, mit einer verbesserten Sach- und Stellenausstattung wird der Stillstand der Rechtspflege beseitigt. Die gerade für die Justiz völlig unerträglichen Parteibuchwirtschaft muß beendet werden.

Mit der Bevormundung hessischer Bürger durch SPD und Grüne muß Schluß sein. Ein hessisches Mediengesetz soll private Programmanbieter zulassen. Die rotgrüne Blockade hat bisher den Empfang von Fernseh- und Hörfunkprogrammen und die Teilhabe Hessens an wichtigen Entwicklungen der Kommunikationstechnologien verhindert. Das kostet Arbeitsplätze. Die F.D.P. will Hessen zu einem Medienstandort in der Bundesrepublik machen und hessische Unternehmen an der Weiterentwicklung der Informationstechnologien beteiligen.

Die F.D.P. will die tatsächliche Gleichberechtigung der Frau in der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wirklichkeit durchsetzen.

Waldwirtschaft

Energieversorgung

Innere Sicherheit

Rechtspflege

Medien

Frauen

Die F.D.P. unterstützt die Bestrebungen der Frauen, im beruflichen Leben Fuß zu fassen, Aufstiegschancen wahrzunehmen und in der Gesellschaft verantwortlich mitzuarbeiten. Veränderte Berufsstrukturen, Hilfen beim Wiedereinstieg, flexible Arbeitszeiten werden Frauen helfen, die berufliche Tätigkeit, Haushaltspflichten und Kindererziehung in Einklang zu bringen und in gemeinsamer Verantwortung mit dem Partner wahrzunehmen.

Die F.D.P. will in der Sozialpolitik statt weiterer Verstaatlichung Verantwortungsbereitschaft und sozialen Einsatz des einzelnen stärken. Soziale Sicherheit gibt Freiheit. Der anonyme Versorgungsstaat lähmt die Bereitschaft der Bürger, für sich und andere Verantwortung zu tragen. Die F.D.P. wird in Hessen finanzielle Anreize für Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfe und die Arbeit in kleinen sozialen Netzen schaffen. Die persönliche Sorge, Hilfe und Anteilnahme für ältere Mitbürger, Kranke, Behinderte und sozial Schwache ist durch staatliche Sozialbürokratie nicht zu ersetzen.

Daß ausgerechnet die SPD in der Landesverwaltung nur vier Prozent Schwerbehinderte beschäftigt, ist ein Skandal. In einer von der F.D.P. vorgeschlagenen gemeinsamen Anstrengung des Landes, der Gemeinden und der öffentlichen Arbeitgeber kann jeder arbeitssuchende Schwerbehinderte in Hessen einen Arbeitsplatz finden.

Die F.D.P. wird zusätzliche Mittel für hessische Kindergärten zur Verfügung stellen. Ohne finanzielle Unterstützung durch das Land bringt ein Kindergartengesetz nur zusätzliche Gängelei der Eltern und Kindergärten.

Die F.D.P. wird das Recht für alte Menschen, zwischen Alten- und Pflegeheimen einerseits und ambulanter häuslicher Pflege andererseits frei zu wählen, gewährleisten. Mit der Unterstützung von Sozialstationen und anderen ambulanten Angeboten muß das Land dafür die Voraussetzungen schaffen.

Die F.D.P. tritt für den Erhalt und die Förderung kleiner Krankenhäuser ein.

Die F.D.P. hält erfolgreiche pädagogische Arbeit durch qualifizierte Lehrer für wichtiger als ständigen Organisationsstreit um die hessischen Schulen. Die F.D.P.-Bildungspolitik wird eine Vielfalt von schulischen Angeboten in Hessen garantieren. Sowohl die Schulen des dreigliedrigen Schulsystems, Haupt-, Realschulen und Gymnasien, als auch die Gesamtschule in integrierter und additiver Form müssen als reguläre Bildungsangebote weiterentwickelt und frei gewählt werden können. Die F.D.P. lehnt eine staatlich verordnete Einheitsschule ab. Das Förderstufenabschlußgesetz wird aufgehoben.

Die F.D.P. wird Schulen in freier Trägerschaft fördern, da sie für staatliche Schulen eine pädagogische Herausforderung bedeuten und so zur Weiterentwicklung und zur Vielfalt des Bildungsangebotes beitragen.

Soziales

Schwerbehinderte

Kindergarten

Alte Menschen

Schule

Berufliche Bildung

Die Bedingungen für die Berufsbildung werden verbessert. Die F.D.P. will eine vernünftige Abstimmung zwischen Ausbildungsbetrieb und Schule. Der Berufsschulunterricht muß nach Branchenerfordernissen flexibel organisiert werden können. Die Ausbildungsplatz-Förderung ist von Rot-Grün um 50 Prozent gestrichen worden. Die F.D.P. will Ausbildungsplätze - insbesondere für Mädchen - weiter fördern und setzt dazu die Mittel zu 100 Prozent wieder ein.

Die F.D.P. wird die Freiheit von Lehre und Forschung und die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Hochschulen sicherstellen. Sie wird deshalb die Ausstattung der Hochschulen verbessern, um die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Qualität der Lehre auszubauen. Die Zukunftssicherung Hessens hängt wesentlich von einem hohen Niveau der wissenschaftlichen Leistungen und ihrer Übertragung in die Praxis ab. Die F.D.P. wird daher die Forschungskapazität der Hochschulen erhöhen, Schwerpunkte in den Geisteswissenschaften, der Medizin, der Molekularbiologie, der Halbleiter- und Festkörperphysik, der Mikroelektronik und Informatik, der Medientechnologie, der Abfall- und Energietechnik und der Umweltforschung fördern. Hierzu wird ein Schwerpunktprogramm mit einem Volumen von 100 Millionen Mark umgesetzt.

Die F.D.P. wird Kunst, Kultur und Denkmalschutz aus dem Schattendasein der Regierungspolitik herausführen. Die F.D.P. steht für die Freiheit der Kunst und der Kultur von staatlicher Bevormundung ein. Ohne Gängelei und Zensur werden wir Kunst und Kultur fördern. Im staatlichen Verantwortungsbereich wird die F.D.P. die Museums- und Bibliotheksentwicklung, die Zusammenarbeit der Theater und alle Bereiche der musischen Bildung durchsetzen. Für den Denkmalschutz wird ein Investitionsprogramm verabschiedet, das der Verantwortung für unsere staatlichen Denkmale gerecht wird und Hilfen für private Denkmale bereitstellt.

Die F.D.P. sieht die hohe gesundheits- und gesellschaftspolitische Bedeutung des Sportes. Für die F.D.P. gibt es keinen Gegensatz zwischen Breitensport und Leistungssport oder zwischen Sport und Umwelt. Die staatliche Gängelei des Sports, unter welchem Vorwand auch immer, wird beendet. Wir werden die Position der Sportorganisationen stärken, die Vereine mit ihren ehrenamtlichen Helfern und Übungsleitern verstärkt fördern und den Sportstättenbau vorantreiben.

Dieses liberale Aktionsprogramm der F.D.P. Hessen soll von verstärkter Mitwirkungsmöglichkeit der Bürger bei der demokratischen Willensbildung getragen werden.

Die F.D.P. fordert deshalb, auch im Lande Hessen die Einflußmöglichkeiten des Bürgers bei der Ausübung seines Wahlrechts zu mehren. Im Kommunalwahlrecht ist dem Bürger die Möglichkeit der Wahl zu schaffen,

Hochschule

Kunst - Kultur - Denkmalschutz

Sport

Bürgerbeteiligung

entweder vorgegebenen Parteilisten zuzustimmen oder die von den Parteien festgelegte Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste zu ändern.